

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OBERBERG
KÖLNER STR. 296, 51645 GUMMERSBACH

An den Landrat
Herr Jochen Hagt
Moltkestr. 42

51641 Gummersbach

Antrag zum Finanzausschuss und Kreistag:
Verwaltung effizient gestalten

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Kölner Str.296
51645 Gummersbach
Tel. (0 22 61) 2 45 40
Fax (0 22 61) 2 86 95

www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:

Mo bis Fr 10 bis 16 Uhr

Seb Schäfer, Fraktionsbüro

kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

Andrea Saynisch

Fraktionssprecherin

Tel. 0160 93951411

andrea.saynisch@gruene-oberberg.de

Marie Brück

Fraktionssprecherin

Tel. 0151 17243593

marie.brueck@gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)

Linie 304/ 310 (Ahlefelder Straße)

Gummersbach, 12.3.2021

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum Haushalt 2021/2022:

Haushaltstitel 1.05.03 und weitere

1. Im Stellenplanentwurf 2021 sind gegenüber dem Stellenplan 2019/2020 weitere 31,5 zusätzliche Stellen vorgesehen. Mit 13 Stellen beteiligt sich dabei der Oberbergische Kreis an dem Mehrbedarf, der als Folge der Corona-Pandemie beim Jobcenter Oberberg erwartet wird. Die Verwaltung rechnet hierbei mit einer Zunahme von Fällen um ca. 40%.

Wir beantragen eine Befristung dieser Stellen und eine halbjährliche Kontrolle der Entwicklung und ggfls eine Rückberechnung der Stellenanteile. Die Verwaltung berichtet dazu halbjährlich an die Ausschüsse.

2. Im Stellenplan wird die Zahl der Beamtenstellen perspektivisch auf hoheitliche Aufgaben beschränkt und auf ein mit anderen Kreisen vergleichbares Maß zurückgeführt.

3. Der Verwaltungszuschlag für geförderte Stellen wird von 12% auf 10% reduziert.

Begründung:

In der Regel sollte es so ein, dass sich Jobcenter und OBK die Stellenanteile 50:50 teilen. Derzeit ist es so, dass das Jobcenter, und damit das Land, mehr Stellenanteile hat als der OBK. Um dies wieder anzugleichen, aber auch um auf vermutete Mehrbelastungen auf Grund der Corona Krise reagieren zu können, wurden 13 Stellen vorsorglich neu eingestellt. Derzeit hat sich die Zahl der Bearbeitungsfälle aber noch nicht erhöht.

Im Bereich Gesundheit ist es ähnlich. Auch hier sind zusätzliche Stellen eingeplant, die über den im Gesundheitsbereich auf Grund der Pandemie erforderlichen Bedarf hinausgehen. Es ist absehbar, dass diese Stellen in naher Zukunft nicht mehr benötigt werden

Neben den von uns in diesem und anderen Produktbereichen beantragten Stellenveränderungen ist die Personalausstattung des Kreises mit einem Beamtenanteil von 26,5% und einem hohen Anteil höherer Besoldungsstufen als üppig zu bezeichnen. Sie ist mit dem Ziel einer schlanken und effizienten Verwaltung nicht zu vereinbaren und widerspricht einer von den Bürger*innen zu Recht erwarteten sparsamen Personalpolitik. Davon unbenommen ist die zur Bewältigung der Corona-Pandemie erforderliche temporäre Verstärkung der Verwaltung.



Andrea Saynisch



Marie Brück